

Auf dem Weg zur Metropole Ruhr? Strukturwandel im Ruhrgebiet

Warum lohnt ein erneuter Blick auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet? Weil seit einigen Jahren zwei grundlegend neue Rahmenbedingungen gegeben sind: *Einerseits* hat die selbst nicht neue Idee einer politisch-administrativen regionalen Einheit Ruhrgebiet – das ist neu – nun auf allen Handlungsebenen, zunehmend auch auf der sperrigen kommunalen, eine Formel gefunden: Metropole Ruhr. *Andererseits* ist mit der demographischen und ökonomischen Schrumpfung eine neue Dimension des Strukturwandels gegeben, quasi als Echo des montanindustriellen Niedergangs in den siebziger und achtziger Jahren. Es fehlen der Region die Kinder der Eltern, die in jener Zeit nicht oder abwanderungsbedingt nicht im Ruhrgebiet geboren wurden. Es fehlen aber auch jene Arbeitsplätze und Modernisierungsimpulse, die im Zuge des außerordentlich erfolgreichen Umbaus der ehemaligen regionalen Montanunternehmen zu internationalen High-Tech-Konzernen in andere Regionen ausgelagert wurden.

Erwartungsgemäß sind Interpretation und Interessenlagen hinsichtlich der beiden neuen, diametral entgegengesetzt orientierten Schlüsselwörter nicht einheitlich: Das (noch zu entwickelnde) Leitbild der Metropole Ruhr (der *Masterplan Ruhr* spricht noch von der Städtereion Ruhr; vgl. *Städtereion Ruhr* 2006) hat sein Gegenstück im Begriff der Metropolregion Rhein-Ruhr (vgl. den Beitrag von *Schmitt/Knapp* in diesem Heft). Die Neupositionierung des Ruhrgebiets als Metropole Ruhr ist kein Einfall findiger Marketingexperten, sondern sie ist – getragen vom politischen Willen aller Gebietskörperschaften der Region – Ausdruck gemeinsamen erfolgreichen Auftretens in unterschiedlichen regionalen Handlungsfeldern. Daneben kann auch die Metropolregion Rhein-Ruhr, in die sich das Ruhrgebiet mit seinen spezifischen Stärken zusammen mit Köln, Düsseldorf und den übrigen Städten der Rhein-schiene gezielt einbringen kann, projektbezogen den geeigneten Bezugsrahmen bilden. Nur fehlt bislang der Metropolregion Rhein-Ruhr der erforderliche institutionelle Rahmen, um handlungsfähige zu sein. Die Diskussion um den Strukturwandel steht aber noch in einem weiteren Spannungsfeld, wie die Beiträge dieses Heftes belegen. Ist die kompromisslose Orientie-

rung auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch kontinuierliche Innovation, um im Konkurrenzkampf der Regionen auf europäischer und globaler Ebene bestehen zu können, der richtige Weg? Kann der damit einhergehenden sozioökonomischen Fragmentierung und Polarisierung gegengesteuert werden und wenn ja: mit welchen Mitteln? Ist überhaupt eine postindustrielle, zukunftsfähige Stadtlandschaft ohne Lösung der sich verfestigenden sozialräumlichen Problemlagen denkbar, von denen die heranwachsende Generation besonders betroffen ist? Das Ruhrgebiet der zwei Geschwindigkeiten ist schon lange Realität und droht die Standortqualität zu gefährden. Leuchtturm-Projekte stehen auf Industriebrachen, lassen aber ihre dicht besiedelte Nahumgebung vielfach im Dunkeln. Das Imageproblem erweist sich trotz aller Wandlungsdynamik als außerordentlich zählebig. Die kommunale Finanzkrise ist nicht zuletzt durch eine hohe Zahl von Sozialhilfeempfängern bedingt. Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen sowie mittelbetriebliche Innovationen sind ebenso wenig wie eine Gründermentalität im nötigen Maß ausgeprägt. Schließlich hat die Erfahrung der letzten vier Jahrzehnte gezeigt, dass die politische Steuerbarkeit des Strukturwandels – nach erfolgreichen Kraftanstrengungen zu Beginn (z.B. Hochschulgründungen, Ausbau des Straßennetzes) – sehr viel zurückhaltender eingeschätzt werden muss. Angesichts knapper werdender und seitens der EU künftig nur noch spärlich fließender Fördergelder wird wirksame Strukturpolitik immer mehr durch kraftvolle Worte und symbolisches Handeln ersetzt (vgl. WISSEN 2000).

Hat die Metropole Ruhr unter Schrumpfungsbedingungen eine Chance? Angesichts der vielschichtigen Problematik wird man von den in diesem Heft versammelten Beiträgen einfache Antworten nicht erwarten dürfen. Das vorliegende Themenheft gliedert sich in einen analytisch-methodisch ausgerichteten Teil, dem sich stärker entwicklungspolitisch und planerisch ausgerichtete Beiträge anschließen. Im ersten Teil gehen zunächst *Frank Bauer* und *Anne Otto* (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Düsseldorf bzw. Saarbrücken) der Frage nach, wie und warum sich die Entwicklung des Ruhrgebiets bei ähnlichen Ausgangsbedin-

gungen von jener des wachsenden Saarlands unterscheidet. Eine Variante der Shift-Share-Analyse verweist auf ein Ursachenbündel von „weichen“ Standortfaktoren wie Image, Siedlungs- und Verwaltungsstrukturen. Auch *Klaus Einig* und *Brigitte Zaspel* (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn) gehen der Thematik der Beschäftigungsentwicklung nach. Sie analysieren auf Gemeindeebene raumzeitliche Muster von Konzentration und Dekonzentration (Beschäftigungssuburbanisierung) sowie damit einhergehende Spezialisierungen. Die Untersuchung schließt mit einer clusteranalytisch ermittelten Gemeindetypisierung. *Andreas Schulten* (BulwienGesa AG, Berlin) untersucht anhand ausgewählter Indikatoren Zusammenhänge zwischen Immobilienmarkt und Regionalentwicklung. Erfolge und Misserfolge des projektbezogenen Strukturwandels schlagen sich deutlich in den Daten des Immobilienmarktes nieder. Die Analyse konzentriert sich auf Flächen des Büro-, Logistik- und Wohnungsmarktes. Den Abschluss des analytischen Teils bildet der Beitrag von *Friederike Welter* (Universität Siegen) und *Heiko Bergmann* (Universität St. Gallen) zur Gründungsforschung. Ihre Befunde belegen, dass die Teilregionen des Ruhrgebiets bei den meisten Indikatoren unterdurchschnittlich abschneiden. Zudem dominieren Gründungsmotive „aus der Not“ gegenüber Gründungen, die auf „geeigneten Geschäftsideen“ basieren. Sowohl für den Hochschulbereich als auch für die lokale Ökonomie werden für das Ruhrgebiet bislang unausgeschöpfte Gründungspotenziale identifiziert.

Der entwicklungspolitisch-planerische Teil wird durch den Beitrag von *Franz Lehner* (Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen) zu den demographischen Schrumpfungstendenzen im Ruhrgebiet eröffnet. Als Chancen für die Regionalwirtschaft werden vor allem die Seniorenwirtschaft und die Potenziale der Migranten herausgestellt. Der anschließende Beitrag von *Peter Schmitt* (Nordregio Stockholm) und *Wolfgang Knapp* (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen) plädiert, gestützt auf eine soziale Netzwerkanalyse, für das Leitbild einer sich funktional ergänzenden Rhein-Ruhr-Region. Polyzentralität kann dann regionalwirtschaftlich stabilisierende Faktoren wie Flexibilität, Diversität sowie Reaktions- und Anpassungsfähigkeit hervorbringen, wenn eine entsprechende intraregionale Verflechtung gewährleistet ist. Dem Vernetzungs- und daraus zu ge-

winnenden Synergiepotenzial sollte, so die Empfehlung, eine deutlich höhere Bedeutung für die strategische Regionalentwicklung zukommen. Unter ganz anderer Perspektive nähern sich *Bernhard Lageman*, *Uwe Neumann* und *Christoph M. Schmidt* (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen) der Frage nach einer erfolgreichen Revitalisierung des Ruhrgebiets. Sie plädieren für mehr Wettbewerb, mehr Privatisierung und für den Abbau von Subventionen. Nach ihrer Auffassung sollte die staatliche Lenkung des Strukturwandels weitgehend aufgegeben werden, da die bisher dominierende staatliche Ausgleichspolitik die Effizienz wachstumsorientierter Strategien gemindert habe. *Dieter Rehfeld* (Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen) unterzieht in seinem Beitrag das Clusterkonzept bzw. den Ansatz der Kompetenzfeldwirtschaft einer kritischen Analyse. Er vermittelt so wichtige Einblicke in die Erfolgsbedingungen von Kompetenzfeldpolitik, die mit dem Lebenszyklus einer Wertschöpfungskette variieren muss und sich deutlich von Strategien endogener Potenzialentwicklung unterscheidet. Kompetenzfeldpolitik erscheint unverzichtbar, reicht aber nicht aus. Darüber hinaus wird der Bestandspflege und -entwicklung regionaler Basisbranchen erhebliches Gewicht beigemessen. Im abschließenden Beitrag gehen *Bernhard Butzin* (Ruhr-Universität Bochum), *Martin Franz* (Philipps-Universität Marburg) und *Hans-Peter Noll* (Montan-Grundstücksgesellschaft mbH, Essen) davon aus, dass der Schrumpfungsprozess von lang anhaltender Wirkung sein wird. Die Flächenentwicklung unterliegt unter den (neuen) Rahmenbedingungen der öffentlichen Finanzkrise, des demographischen Wandels, unzureichender Arbeitsstellen- und Arbeitskräfteangebote sowie geringer Flächennachfrage einem Paradigmenwechsel. Angesichts der geringen Spielräume zur politischen Steuerung könnten sich soziale, ökonomische, städtische und regionale Desintegrationsprozesse verstärken. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, bedarf es eines auf verschiedenen Ebenen ansetzenden Verflechtungsmanagements, das bislang vernachlässigt wurde.

Literatur

Städteregion Ruhr (2006): Masterplan Ruhr. Dortmund.
 WISSEN, M. (2000): Die Peripherie in der Metropole. Zur sozialräumlichen Polarisierung in Nordrhein-Westfalen. Münster.

Bernhard Butzin, Bochum
Wolfgang Dege, Essen
Burkhard Wetterau, Essen